

24.06.2022 – 15:38 Uhr

Vor dem Ministertreffen für Religions- und Glaubensfreiheit in London: CSI fordert die britische Außenministerin Truss auf, Druck auf Nigeria und die USA auszuüben



Binz/Zürich (ots) -

Inzwischen sind die Opfer des Massakers in einer nigerianischen Kirche zur letzten Ruhe begleitet worden. Jetzt fordert Christian Solidarity International die britische Außenministerin Liz Truss auf, jetzt eine Resolution gegen Nigeria zu verfassen.

Am 17. Juni hat die katholische Diözese des Bundesstaates Ondo in Nigeria die Leichen von mehr als 40 Kirchenbesuchern beigesetzt. Sie waren am Pfingstsonntag während des Gottesdienstes erschossen worden. Die Attentäter drangen während der Messe in die katholische [Kirche St. Francis Xavier](#) in der Stadt Owo ein und schossen wild um sich. Unter den Getöteten sind auch Kinder. Bislang waren derartige Angriffe im mehrheitlich christlichen Südwesten Nigerias selten. Jetzt fordert Christian Solidarity International (CSI) die britische Außenministerin Liz Truss auf, die bevorstehende [Ministerkonferenz für Religions- und Glaubensfreiheit](#) vom 5. und 6. Juli in London zu nutzen, um Nigeria wegen "systematischer, andauernder, ungeheuerlicher Verletzungen der Religionsfreiheit" als "besonders besorgniserregendes Land" zu bezeichnen.

Sprunghafter Anstieg der Angriffe

In einem offenen Brief an Außenministerin Truss weist CSI-Präsident Dr. John Eibner darauf hin, dass Nigeria einen sprunghaften Anstieg von Gräueltaten gegen Christen verzeichnet seit der Entscheidung von US-Außenminister Antony Blinken im November letzten Jahres, Nigeria von der US-Liste der "besonders besorgniserregenden Länder" zu streichen. "Washingtons Erklärung, dass die Vereinigten Staaten keine 'besonderen Bedenken' bezüglich der Religionsfreiheit in Nigeria haben, wurde von Beratern des nigerianischen Präsidenten Muhammadu Buhari öffentlich gefeiert", so Eibner. "Von Vertretern der betroffenen, leidenden Religionsgemeinschaften in Nigeria wurde sie jedoch weithin verurteilt."

Nigeria in London zum Thema machen

Die Internationale Ministerkonferenz zur Religions- und Glaubensfreiheit von anfangs Juli in London ist Teil einer Reihe von Ministerkonferenzen zur Religionsfreiheit, die von der US-Regierung 2019 in Washington DC ins Leben gerufen wurde. In einem Strategiepapier der britischen Regierung vom Juli 2021 mit dem Titel "Global Britain in a Competitive Age" wird das für 2022 geplante Ministertreffen hervorgehoben und die "Kampagne für Religionsfreiheit" als "wichtiges Instrument unseres Einflusses in Übersee" bezeichnet.

Mit Resolution die USA zum Handeln auffordern

CSI-Präsident Eibner fordert die [britische Aussenministerin auf](#), das Ministertreffen zur Verabschiedung einer Resolution zu nutzen. Nigeria soll zum 'Country of Particular Concern' erklärt und der US-Aussenminister Blinken aufgefordert werden, Nigeria wieder als "besorgniserregenden Staat" auf die Liste des US-Aussenministeriums zu setzen.

Christian Solidarity International ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für Religionsfreiheit und Menschenwürde einsetzt. Sie betreibt die Website [nigeria-report.org](#), um auf die Gewalt und die religiösen Säuberungen in Nigeria aufmerksam zu machen.

Kontakt:

Joel Veldkamp | joel.veldkamp@csi-int.org; www.csi-usa.org; www.csi-schweiz.ch

Rolf Hoeneisen | rolf.hoeneisen@csi-schweiz.ch; www.csi-schweiz.ch

Medieninhalte



Am Pfingstsonntag töteten unbekannte Attentäter in der katholischen Kirche St Francis im nigerianischen Owo rund 40 Menschen. / Weiterer Text über ots und www.presseportal.ch/de/nr/100007062 / Die Verwendung dieses Bildes ist für redaktionelle Zwecke honorarfrei. Veröffentlichung bitte unter Quellenangabe: "obs/CSI Christian Solidarity International/Amake Okoye"

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007062/100891604> abgerufen werden.